

Wiener blicken gebannt und erschreckt auf die Lobau, voll banger Sorge, wie der Kampf zwischen Natur und Lebensqualität auf der einen und Beschleunigungswahn und Straßenverkehrspsychose auf der anderen Seite ausgehen wird...

... Dabei gibt es in Klosterneuburg ein Projekt, im Bewilligungsverfahren bereits weit fortgeschritten, das einen weiteren Baustein im Gesamtbild der Transitrouten – Hochleistungskorridore nach und um Wien – darstellt:

### **die so genannte „Umfahrung B14-Klosterneuburg“:**

#### **Was ist das?**

Eine als „Umfahrungsstraße“ (klingt ja immer gut) angepriesene Straße beginnend und endend im verbauten Gemeindegebiet von Klosterneuburg, vollkommen parallel zur alten B14 und zur ÖBB-Trasse, 11 m breit (= 3spurig) und 3,6 km lang. Kostenpunkt € 70 Millionen = 1 Milliarde ATS.

Das eingereichte Projekt als solches umfährt nichts, sondern erspart dem zu Stosszeiten stau-geplagten Stadtplatz 20% Verkehr (was mit totaler Verkehrsberuhigung verkauft wird).

Alte B14, Bahn und neue B14 bilden eine bis zu 100m breite Barriere zwischen Auwald/Erholungs-/Freizeitgebieten und dem Stadtbereich.

Bis jetzt klingt das nur dumm, aber nicht tragisch. Die Tragödie liegt darin begraben, dass diese „Umfahrungsstraße“ ein erstes Teilstück eines Projektes ist, das Klosterneuburg in den großen Ring um Wien (S1) einbettet: Baustufe 2 ist nämlich der „Martinstunnel“, beginnend im Natura2000-Gebiet Tullnerfelder Donauauen und endend 1,2 km weiter im Kierlingtal, wenige Meter entfernt vom Natura2000-Gebiet Wienerwald/Thermenregion; Baustufe 3 ist eine Anbindung an eine geplante Donaubrücke nach Korneuburg, Höhe Rollfähre Klosterneuburg-Korneuburg mit Anschluss an die A22-Donauuferautobahn und mit einer Trasse, die dann notgedrungen ca. 1,5 km direkt durch die Au führen würde (mit Sicherheit Brutgebiet des geschützten und seltenen Eisvogels), neben bzw. durch unser Brunnenschutzgebiet.

Jedem, der sich die Mühe nimmt, sich die geographische Situation vor Augen zu führen ist völlig klar, dass in dieser Endausbaustufe eine alternative Route von Prag/Krems/Hollabrunn nach Wien geschaffen (vor allem bei Stau auf der Nordbrücke) und zusätzlich eine vorerst mautfreie Strecke durch den Wienerwald Richtung Purkersdorf/Wien Auhof eröffnet wird.

#### **Auswirkungen**

Die Au, das beliebte Erholungsgebiet der Wiener und Klosterneuburger wird durch eine Luftschadstoff und Lärm erzeugende Hochleistungsstraße ruiniert.

Bei über 85dB hört sich jeder Spass auf dem Kinderspielplatz, dem Campingplatz, dem Eislaufplatz, den Sportanlagen, den Schwimmbad-Liegewiesen ums Happyland auf; ebenso in den Kleingartensiedlungen („SchwarzeAu“), die alle unmittelbar an dieses Straßenprojekt angrenzen. Ganz zu schweigen von den Menschen im Martinsviertel, die bis jetzt lediglich einer „unerträglichen“ Belastung durch Vogelgezwitscher und Bäumerauschen aus der Au ausgesetzt waren (16dB). Massivste Mehrbelastung für weitere Klosterneuburger „Grätzl“ wie etwa das Lothringerviertel, und, bei Realisierung von Tunnel und Brücke das Kierling-/Hagental und Kritzendorf.

Und der Feinstaub: Klosterneuburg verfügt bereits jetzt über eine sehr hohe Grundbelastung, die den Verwaltungsbezirk zum „Belasteten Gebiet Kat. D-Luft (PM10)“ macht (Verordnung des Umweltministers Bgbl.II/300 2004). Wissenschaftliche Studien bestätigen, dass 85% des Feinstaubs durch Straßenverkehr generiert wird, und dass sich dieser Feinstaub kilometerweit über das gesamte Gemeindegebiet ausbreitet. Unsere Luft-“Güte“-Messstelle, in der die häufigen und teilweise enorm hohen Grenzwertüberschreitungen der letzten Jahre gemessen wurden, befindet sich auf

halber Höhe des Buchberges. Das ist Luftlinie 800m weit von und ca. 80 Höhenmeter über den Hauptemittenten...

Dieser Feinstaub wird also über das gesamte Gemeindegebiet verteilt, und belastet nicht nur die unmittelbaren Anrainer.

Eine Kapazitätsverdopplung dieser Schadstofferreger zu ermöglichen ist schlichter Wahnsinn!

## **Die üblen Tricks der Behörden**

... Man halte Bürger hin indem man ihnen sagt, sie mögen für eine Umweltverträglichkeitsprüfung Unterschriften sammeln, eine UVP komme gewiss (schriftlich aus dem Büro LH Pröll)...

... Man zerschneide ein Großprojekt in „harmlose“, kleine Teilstücke – und schon erspart man sich eine Umweltverträglichkeitsprüfung, auch wenn diese bereits seitens des Bundes eingeleitet worden, aber Dank-sei-dem-Föderalismus durch das Land NÖ sofort eingestellt wurde, als „B-Straßen“ in Länderkompetenz übertragen wurden – als ob die Schutzwürdigkeit von Anrainern, Umwelt, Nachweise über die sparsame Verwendung öffentlicher Gelder und Mitbestimmung plötzlich null und nichtig wären.

... Man melde zwar (ca. 1991) Natura2000-Gebiete an Brüssel (entsprechend Vogelschutzrichtlinie, Flora-Fauna-Habitat-RL usw.), erlasse aber keine Verordnung im Landesgesetz, sodass dieses Gesetz lokal nicht anwendbares Recht darstellt (es gibt's halt nur in Brüssel am Papier)

... Man schneide den Teil des Natura2000-Gebietes, auf dem Teile dieser Straße zu liegen kommen, heraus. Behaupte anschließend, die Straße berühre Natura2000-Gebiet nicht. Operiere von nun an mit klammheimlich veränderten Grenzen und erspare sich damit eine Naturverträglichkeitsprüfung.

... Man lasse zwar einen Managementplan für die Tullnerfelder Donauauen entwerfen (Erfordernis für Schutzgebiete zum Zwecke der Erhaltung), verordne diesen aber nicht. Munter darf daher an besonders seltenen Biotopen (z.B. Erlen-Eschen-Weidenauen FFH-Lebensraumtyp 91E0) weitergesägt werden. Ersticker Aufschrei der zuständigen Landesumweltbeauftragten: eine später vorzunehmende Wiederaufforstung dieses vormals vollkommen intakten Gebietes wird als „Ausgleichsmaßnahme“ für die Rodungen für die „Umfahrungsstraße“ verkauft.

... Man wickle das Bewilligungsverfahren nach Materiengesetzen (Forst- Straßen- und Wasserrecht) ab, die kaum subjektiv öffentliche Rechte beinhalten, noch einen sinnvollen Anrainerbegriff kennen. Im Straßenrecht können beispielsweise nur Standfestigkeit von Gebäuden, Zufahrt und Lichteinfall geltend gemacht werden. Und Anrainer ist nur der Besitzer des Grundes oder der, der unmittelbar angrenzt. Dass in Klosterneuburger 95% des benötigten Grundes in einer Hand sind (Chorherrenstift Klosterneuburg) erlaubt abzuschätzen, welche Wirkungsmöglichkeiten der Normalbürger besitzt.

... Man weise alle Einsprüche aus formalen Gründen (mangels Parteienstellung, mangels subjektiv öffentlichen Rechtes) zurück, ohne sich die Mühe zu machen, auf inhaltliche Fragen, selbst wenn diese unterstützt werden durch solide Gutachten renommierter Experten, einzugehen.

... Man setze 9 Tage vor Gemeinderatswahlen in NÖ noch schnell die Beschlussfassung über einen Sondernutzungsvertrag zwischen Land NÖ und Stadtgemeinde Klosterneuburg für den 25.2.2005 auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung. Man weiß ja nie, ob die neuen Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl das noch ermöglichen werden. Und das, obwohl noch kein rechtskräftiger Bescheid für das Straßenprojekt vorliegt: im wasserrechtlichen Bescheid scheint die Behörde mehr Schwierigkeiten zu haben, weil sie hier nicht darum herunkommt, sich mit den schwerwiegenden Argumenten auch inhaltlich auseinanderzusetzen. Dieser Sondernutzungsvertrag wird zur Ausschreibung und Vergabe von „Vorarbeiten“ (Verlegung Kanal, Energiestränge usw.) berechtigen. Was VFGH und VWGH dazu sagen werden interessiert vorerst niemanden.

Und das alles in einem Umfeld, in dem

- Projektbetreiber
- Oberste Umweltschutzbehörde
- Die Bezirkshauptmannschaft ermächtigende Behörde (1. Instanz)
- Berufungsbehörde (2. Instanz)

in einer einzigen Gebietskörperschaft – dem Land NÖ – friedlich vereint sind.

Hier hätte auch Kafka noch einiges lernen können (Grund für den Rückgang des Kabarett ist ja, dass die Politik das Kabarett längst überholt hat).

Wenn die Interessen der Straßenbaulobby mit der Politik handelseins sind, hat Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung offenbar ausgedient.

## Wo stehen wir jetzt?

Die Bürgerinitiative PUK kämpft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darum, die Behörden noch vor Schaffung irreversibler vollendeter Tatsachen zum Einlenken und Neu-Überdenken zu bewegen.

Natürlich werden alle rechtlichen Schritte im Rahmen des Verfahrens ergriffen, die möglich sind (Erinnerung: die PUK als Bürgerinitiative hat selbst ja keine Parteienstellung mangels UVP-Verfahrens). Sie unterstützt einzelne BürgerInnen, ihre Rechte geltend zu machen.

Darüber hinaus wurde ein Jurist/Biologe beauftragt, wegen Missachtung von Gemeinschaftsrecht im Zusammenhang mit Natura2000-Gebiet, Umgehung von UVP-Richtlinie usw. eine rechtswissenschaftliche Studie zu erstellen. Basierend auf dieser hat die PUK Beschwerde bei der EU-Umweltkommission eingelegt. Wir sind von Brüssel in Kenntnis gesetzt worden, dass die ersten Aufforderungen zu Stellungnahmen an die Republik Österreich und das Land NÖ geschickt wurden (nebenbei steht Österreich bereits mit einer Reihe vergleichbarer Fälle vor dem EU-Kadi).

Im straßenrechtlichen Verfahrensteil ist fristgerecht eine Verfassungs-, bzw. Verwaltungsgerichtshofbeschwerde eingebracht worden. Es ist unfassbar, dass jeder Häuslbauer, jeder kleine Tischlerbetrieb durch Baurecht, Gewerberecht usw. weit mehr eingeschränkt wird als jemand, der eine 1 Milliarde Schilling teure Betonschneise durch die Landschaft legt. Nebenbei: der „Unabhängige Umweltsenat“, der beispielsweise das Mateschitz-Projekt A1-Ring Spielberg gekippt hat, steht nur für UVP-Verfahren zur Verfügung, und die hat das Land NÖ ja abgedreht – sorry!

Eine Parlamentarische Bürgerinitiative/Petition an den Nationalrat (600 Unterschriften binnen einer Woche) war verglichen damit nur ein weiterer Versuch, einen Beitrag zu einer sinnvolleren Umgestaltung/Novelle des UVP-Verfahrens zu leisten, das inzwischen Gefahr läuft, zu einem Bürger-Beschwichtigungs-Verfahren umfunktioniert zu werden.

Öffentlichkeitsarbeit ist eine harte Nuss. Wir wissen als gelernte Österreicher, was hier gespielt wird, und ich will es mir nicht mit den durchaus wohlmeinenden Medienvertretern verscherzen, indem ich pauschale Anschuldigungen ausspreche. Die Betreiberseite hat es denkbar leichter, schon aufgrund des zur Verfügung stehenden Kapitals.

Das Ausmaß an Nicht- oder Des-Information, dem wir hier in Klosterneuburg ausgesetzt sind, ist kaum zu überbieten. Man spricht von Verkehrsberuhigung, totalem Hochwasserschutz, keiner Belästigung der Anrainer durch Lärm, gibt vielleicht einmal verschämt zu, dass es bei solchen Projekten immer Verlierer gäbe (sagt aber nicht welche, und vor allem wie viele), leugnet Beeinträchtigung der Au und der Lebensqualität, ernennt sich selbst zu Vogelschutz-Experten, die es natürlich besser wissen als Birdlife, spricht von unerträglicher Verkehrszunahme und Staus - wobei das Gesamtverkehrsaufkommen in den letzten Jahren zurückgegangen ist (!), untersucht in keiner Weise raumplanerische Fragen (wie können etwa Behörden vor zig Jahren ein Gebiet zum Gewerbegebiet umwidmen, ohne gleichzeitig die nötige Anbindung zu planen!?!?) usw.

Öffentlichkeitsarbeit ist daher durch hohen persönlichen Einsatz eines Kernteams und einzelner Sponsoren möglich, die etwa für die PUK einen **Kurzfilm "Bevor es zu spät ist..."** über die Schönheiten der Au, eine realitätsnahe animierte Visualisierung von Teilen der „Umfahrungsstraße“ nicht nur herstellen, sondern auch noch 1300 Kopien für die Verteilung an Klosterneuburger BürgerInnen „mitliefern“ (Hinweis: der Film kann von unserer Homepage heruntergeladen werden (siehe <http://unser-klosterneuburg.org/umfahrung/visualisierung>). Geldbeschaffungsaktionen, Benefizkonzerte, Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Diskussionsrunden, Aktionen zur Kennzeichnung zu fallender Bäume, unzählige Einzelgespräche mit BürgerInnen, Gespräche mit Politikern, Info-Material, Homepage, E-Mail Informationen, ein „Verteilsystem“... erreichen zwar viele, aber nicht alle. Ich bin immer wieder überrascht, noch periodisch Menschen hier in Klosterneuburg zu treffen, die noch nichts von dem Projekt gehört haben und ganz bestürzt sind, sobald sie sich damit auseinandersetzen. Die PUK hat die Chance ergriffen, auch bei der kommenden Gemeinderatswahl zu kandidieren, und hat damit bewirkt, dass sich ein weit größerer Kreis von BürgerInnen nun mit dieser Thematik befasst, und die Verantwortlichen in den politischen Lagern sich deklarieren müssen – auch wenn’s manche gern kuschelig-diffuser hätten.

Sehr wesentlicher Aspekt in der Arbeit der PUK war und ist die Vernetzung mit anderen Bürgerinitiativen und aktiven politischen Formationen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs).

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur massiver und mutiger BürgerInnen-Widerstand das Wahnsinnsprojekt „Umfahrung B14-Klosterneuburg“ mit seinen Umweltzerstörungen verhindern wird können. Information ist der Schlüssel zu Engagement. Sollte die Behördenmaschinerie nicht selbst die Notbremse ziehen (von mir aus gerne ohne Gesichtsverlust), werden wir auf die gegenseitige Hilfe angewiesen sein. Das Stückwerk, zusammengesetzt aus „Umfahrungen“, „Entlastungen“, „Verkehrsberuhigungsmaßnahmen“, „Spangen“, „Anbindungen“, „unwesentliche Straßenverbreiterungen“, „Abkürzungen“ usw. ergibt nämlich ein überregionales Straßenkorridorsystem, wo der Ausdruck „Verkehrshölle“ ein Kosename ist, und das weit mehr Menschen betrifft, als nur die lokale Klosterneuburger Bevölkerung.

**Sollte es erforderlich sein, gegebenenfalls zu Beginn von Rodungen oder anderen signifikanten Eingriffen in das Klosterneuburger Ökosystem mit Demonstrationen zu reagieren, wird Ihre Hilfe unerlässlich sein!**

Bitte informieren Sie sich auf unserer Homepage [www.unser-klosterneuburg.org](http://www.unser-klosterneuburg.org) über Details des „Umfahrungs“-Projekts. Es gibt Projektbeschreibungen, Pläne, Artikel über Alternativen, Probleme, Gutachten von Sachverständigen, Informationen über Konzepte des „Community Working“, des Schweizer Konzeptes „CARLOS“ (Car-los = ohne Auto) und vieles mehr.

Für Fragen, Anregungen usw. bitte E-Mail an [sprecher@umfahrung-klosterneuburg.org](mailto:sprecher@umfahrung-klosterneuburg.org).

Bernd Schweeger